

„Spendebereitschaft besser nutzen“

Interviews mit den gesundheitspolitischen Sprechern der Fraktionen

Glaubt man den Umfragen, so ist die Organspendebereitschaft in der Bevölkerung sehr hoch. Trotzdem herrscht in Deutschland ein Mangel an Spenderorganen. Laut Deutsche Stiftung Organtransplantation (DSO) sind die Zahlen im ersten Halbjahr 2004 besonders in NRW rückläufig: nur 248 Organspenden, 76 Organspenden weniger als im Vorjahr wurden gemeldet. Über die möglichen Gründe sprach Landtag intern mit Michael Scheffler (SPD), Rudolf Henke (CDU), Dr. Ute Dreckmann (FDP) und Barbara Steffens (GRÜNE).

Das bevölkerungsreichste Land NRW bildet im Vergleich zu anderen Bundesländern das Schlusslicht bei den Transplantationen. Fehlen die Spender oder mangelt es an den medizinisch-organisatorischen Voraussetzungen?

Scheffler: Ich möchte vorab anmerken, dass die Organspendezahlen in NRW von 2001 auf 2002 um 24 Prozent gestiegen sind. Dieser Trend hat sich 2003 stabilisiert. Leider müssen wir jetzt in 2004 feststellen, dass die Zahlen wieder rückläufig sind. Ich glaube, dass dies einerseits damit zusammenhängt, dass das Spendebewusstsein in der Bevölkerung noch nicht so ausgeprägt ist, wie wir es uns wünschen. Wenn ich mir zudem ansehe, dass 2002 in NRW rund 50 Prozent der Organspenden von 15 Krankenhäusern gemeldet worden sind, spricht das dafür, dass hier im Rahmen des organisatorischen Ablaufs nach wie vor Handlungsbedarf besteht. 2002 hat die Gesundheitsministerin mit ganz vielen Akteuren der gesundheitspolitischen Landschaft so genannte Kommunikationsteams in den Krankenhäusern verabredet. Das hat bereits einen Schub in die richtige Richtung gegeben. Trotzdem müssen wir weiterhin dafür sorgen, dass durch eine vernünftige Öffentlichkeitsarbeit mehr Aufklärung betrieben wird.

Henke: Umfragen zufolge sind bis zu 80 Prozent der Menschen grundsätzlich dazu bereit, Organe zu spenden. Über einen Organ-



Michael Scheffler (SPD)

spendeausweis verfügen aber nur etwa zwölf Prozent. Insofern ist man im Todesfall auf die Hilfe der Angehörigen angewiesen, um die Haltung des Verstorbenen zu erfahren. Solche Gespräche sind schwierig, man braucht dafür Kräfte, die entsprechend vorbereitet und geschult sind. Daher hat die CDU-Fraktion schon vor drei Jahren gefordert, in jedem Krankenhaus obligatorisch einen Transplantationsbeauftragten zu bestimmen und dessen Vergütung zu regeln. Dies wurde von Rot-Grün abgelehnt. Stattdessen hat

die Landesregierung auf so genannte Kommunikationsteams gesetzt. Deren Aufgabe sollte es sein, im Krankenhaus für die Organspende zu werben und das Krankenhauspersonal zu unterstützen. Trotz des vermutlich

großen Engagements der Gesundheitsministerin für dieses Konzept ist es bis heute wenig vorangekommen. Kommunikationsteams existieren höchstens in einem guten Drittel der

Krankenhäuser.

Stattdessen profitieren wir in NRW weiter davon, dass die Organ-

spende-Zahlen in allen anderen Bundesländern sowie im europäischen Ausland höher sind als bei uns, zum Teil mehr als doppelt so hoch.

Dr. Dreckmann: Einerseits besitzen zu wenige Menschen in NRW einen Organspendeausweis. Andererseits nehmen viele Kliniken mit Intensivstationen ihre gesetzliche Pflicht nicht wahr, potenzielle Organspender an die DSO zu melden. Grund hierfür ist oftmals die Überlastung der Krankenhausärzte. Zudem ist die Barriere, Angehörige beim Tod eines Patienten auf eine Organspende anzusprechen, sehr hoch. Deshalb wäre es wichtig, dass in jeder dieser Kliniken ein Arzt speziell für den Bereich Organspende verantwortlich ist. Wir haben im Jahr 2001 über den Antrag der CDU diskutiert, in jeder Klinik mit Intensivstation einen Transplantationsbeauftragten zu installieren. Meine Fraktion hat sich damals bei der Abstimmung enthalten. Der Vorschlag der Gesundheitsministerin, in den Kliniken so genannte Kommunikationsteams für diese Aufgabe zu bilden, entspricht eher der Grundüberzeugung der FDP, selbstverpflichtenden Regelungen gegenüber gesetzlichen Vorgaben den Vorzug zu geben. Im Rückblick muss man jedoch feststellen, dass dies nicht den gewünschten Erfolg hatte. In nur 30 bis 35 Prozent der Kliniken sind diese Teams tatsächlich gebildet worden. Das zeigt mir, dass eine freiwillige Lösung nicht ausreicht. Insofern halte ich aus heutiger Sicht das feste Installieren eines Transplantationsbeauftragten auf gesetzlicher Grundlage für die bessere Lösung.

Steffens: Zunächst einmal ist mit Blick auf die Unfallstatistiken festzustellen, dass die Zahl der Hirntoten in den vergangenen zehn Jahren deutlich zurückgegangen ist. Demnach haben wir auch weniger „potenzielle Spender“.

Rudolf Henke (CDU)

Darüber hinaus haben wir in NRW eine ganz andere Krankenhausstruktur als in anderen Bundesländern. NRW ist sehr stark von kirchlichen Krankenhäusern geprägt, die sich am Anfang der Transplantationsdebatte vehement dagegen gewehrt haben. Daher war von Seiten dieser Krankenhäuser lange Zeit kein aktives Vorantreiben auszumachen. Das ist auch mit ein Grund dafür, dass in NRW bis heute ein Nachholbedarf in der Frage herrscht, wie motivieren wir die Menschen dazu, sich einen Organspendeausweis anzuschaffen. Über Kampagnen haben wir und insbesondere das Gesundheitsministerium vor einigen Jahren verstärkt damit begonnen. Aber wir müssen auch weiterhin aktiv werden und Aufklärungsarbeit leisten, um potenzielle Spender so früh wie möglich zu erreichen. Ich meine sogar, dass die Auseinandersetzung mit dem Tod und die Aufklärung über Organspende bereits in die Schulen gehören.

Hat die Politik alles getan, um die Bereitschaft zur Organspende zu fördern?

Scheffler: Wie bereits erwähnt, gibt es in einigen Bereichen noch Handlungsbedarf. Wir müssen in der Bevölkerung nach wie vor Aufklärungsarbeit leisten. Bei der Auseinandersetzung mit den Themen Sterben, Tod und Organspende stoßen wir in unserer Gesellschaft immer noch auf Tabus. Zum anderen werden wir durch Fortbildung an den Krankenhäusern das Personal, allen voran die Ärzte, dafür sensibilisieren müssen, mögliche Organspender auch tatsächlich zu melden. Selbst Kliniken, an denen transplantiert wird, melden nicht immer automatisch an die DSO. Vielfach haben die Krankenhausärzte das Thema Organspende noch nicht verinnerlicht. Ich weiß nicht, inwiefern bei uns in NRW die sehr stark kirchlich geprägte Struktur der Krankenhäuser dabei eine Rolle spielt. Schließlich befinden sich rund 70 Prozent der Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft.

Henke: Nein. Die Politik schätzt die Situation in den Krankenhäusern falsch ein. Wir dürfen nicht nur von den wenigen Häusern der Maximalversorgung und solchen mit großen Unfallstationen und neurochirurgischen Abteilungen ausgehen. Dort gehört die Organspende zum Alltag. Gott sei Dank geht die Zahl der Unfallopfer als potenzielle Spender zurück. Wenn wir mehr

Menschen helfen wollen, müssen wir also die Schwerpunktthemen und die Krankenhäuser der Grundversorgung stärker an der Organspende beteiligen. Dort handelt es sich aber oft um Ausnahmesituationen, die vielleicht nur einmal im Monat vorkommen. Ich habe den Eindruck, dass das Thema Organspende in solchen Häusern oft weit unten auf der Prioritätenliste steht. Dafür sorgt auch die Politik, indem sie die Häuser und ihre Verantwortlichen mit ständig neuen bürokratischen Regulationen

und Normen von derartigen Aufgaben ablenkt.

Dr. Dreckmann: Wir müssen ganz sicher die vorhandene Spendebereitschaft in der Bevölkerung besser nutzen.

Wir brauchen groß angelegte Kampagnen mit Plakaten, vielleicht sogar Fernsehspots. Wenn ich mich heute beispielsweise in Apotheken umgucke, dann fällt mir ein Organspendeausweis nicht direkt ins Auge. Man kann ihn zwar dort bekommen, aber meiner Ansicht nach gehören die Ausweise dort auf den Tresen. Ebenso sollten sie in allen öffentlichen Einrichtungen wie zum Beispiel in den Bürgerbüros ausliegen. Ich würde sogar soweit gehen, dass jeder Führerscheinneuling zu seinem Führerschein auch einen Organspendeausweis erhält. Das wäre aus meiner Sicht die einfachste Möglichkeit, den Menschen dabei zu helfen, ihr positives Denken auch in positives Handeln umzuwandeln. Der Hinweis zur Bereitschaft auf Organspende gehört auch in eine Patientenverfügung, eine Betreuungsverfügung und Vorsorgevollmacht.

Steffens: Ich glaube, dass in dem Bereich schon viel passiert ist. Organspende fußt bei uns auf einer soliden Gesetzesgrundlage. Natürlich ist unsere Arbeit damit aber noch nicht abgeschlossen. Ich halte es für

wichtig, auch an anderer Stelle, wie zum Beispiel in Straßenverkehrsämtern oder Fahrschulen, für Organspende zu werben. Wir sollten den Mut aufbringen, auch unkonventionelle Wege zu gehen und die Auseinandersetzung mit dem Tod an andere Orte zu tragen. In unserer Gesellschaft ist dieses Thema meist auf Arztpraxen und Krankenhäuser beschränkt. Dabei müssen wir natürlich im Auge behalten, inwieweit man das der Gesellschaft zumuten kann, da es gerade beim Thema Tod immer noch viele Tabubereiche gibt. Diese sollten jedoch langsam gebrochen werden.

Hand aufs Herz: Haben Sie einen Organspendeausweis?

Scheffler: Ja. Beweggründe waren für mich zahlreiche Gespräche, die ich mit Vertretern der Selbsthilfe geführt habe. Zudem kenne ich einen Patienten, der vor vielen Jahren im Herzzentrum in Bad Oeynhausen operiert worden ist und dessen Lebensqualität sich durch eine Herztransplantation deutlich verbessert hat.

Henke: Ja. Ich habe lange gedacht, es reicht, wenn meine Familie weiß, dass ich die Organspende befürworte und selbst dazu bereit bin. Als Arzt kommt man ja auch zu Hause immer wieder auf das Thema zu sprechen. Seit ich mich öffentlich für die Spende engagiere, habe ich einen Ausweis, weil es dann leichter ist, bei anderen für die Spendebereitschaft zu werben. Meine Familie wusste immer, dass ich im Fall der Fälle zur Spende bereit bin.

Dr. Dreckmann: Ich habe keinen Organspendeausweis, aber mein Mann weiß, dass ich Organe spenden will.

Steffens: Ich habe keinen Organspendeausweis. Aufgrund einer schweren Erkrankung in der Jugend darf ich auch keine Organe spenden. Ich habe mir aber immer die Frage gestellt, was würde ich machen, wenn ich mit meinen Kindern in diese Situation käme. Und ich muss ganz ehrlich sagen, ich weiß es nicht.



Fotos: Schälte

Dr. Ute Dreckmann (FDP)



Barbara Steffens (GRÜNE)

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.